

Die Freiheit erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Unter Druckbezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Preussens und Luxemburg M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6

Die neuangelegte Konversationszelle über deren Kurs kostet 6.— M., einschließlich Interzinsen. Kleine Anzeigen: Das festbedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Interzinsen. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Briefwechsel 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeige in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der Kampf im Zeitungsgewerbe

### Die Solidaritätsaktion der Zeitungsunternehmer

Ueber die Forderung, die das Personal der Druckerei des Verlages Woffe gestellt hat, haben wir berichtet. Nachdem bis Sonnabend nachmittag eine Einigung zwischen dem Verlag und dem Personal nicht erzielt werden konnte, hat die Firma das gesamte technische Personal entlassen, ohne zuvor alle im Tarifvertrag vorgesehenen Möglichkeiten zur Beilegung von Streitigkeiten zu erschöpfen. Es handelt sich also nicht um einen Streik, sondern um eine Aussperrung. Und wenn die Frage gestellt wird, ob eine Verletzung der tariflichen Vereinbarungen vorliegt, so ist sie damit zu beantworten, daß eine solche Verletzung durch die Firma Woffe allerdings erfolgt ist. Zum mindesten in ebenso schwerer Form, wie etwa durch das Druckerpersonal.

Ueber den Stand der Bewegung wurde heute vormittag in einer Betriebsversammlung des Personals von Woffe beraten. Wir erfahren darüber:

Die Belegschaft der Firma Woffe ist freilich entlassen, und die Arbeiter sind wegen Tarifbruchs verklagt. Bei den anderen bürgerlichen Verlagen ist die Arbeiterkraft im Betriebe, wird aber nur mit Reinigen der Maschinen beschäftigt. Der Streitfall bahrt auf Widersprüche zwischen dem alten und neuen Tarif. Eine stark besuchte Versammlung von Woffe beschäftigte sich mit dieser ganzen Sachlage. Während nach der Auffassung der Arbeiter ihnen ein Zuschlag von 154,50 Mark zusteht, erhielten sie nur 99,50 Mark. Den Akkordarbeitern jedoch wurde der erhöhte Zuschlag zugesprochen. Das Tarifamt glaubte, diese ungleiche Bemessung der Zulage gütlicher zu können. Die Auffassung der Arbeiterschaft schloß sich ursprünglich auch der juristische Vertreter der Firma Scherl, Assessor Scherer, an, der allerdings nach dem gestrigen gemeinsamen Beschluß der Unternehmer seinen Standpunkt wieder revidierte. Auch mehrere andere Firmen zahlen den Zuschlag, der verlangt wurde.

Die Belegschaft hatte alle Mittel versucht, durch Anrufung aller Instanzen zu ihrem guten Recht zu kommen, ohne Erfolg zu haben. Deshalb wurde die Lohnforderung von 20 Mark gestellt. Es ist aber eine Unwahrheit, wenn die Unternehmer erklären, die Belegschaft hätte eine ultimative Forderung gestellt, die in drei Stunden ablaufen sollte. Die Belegschaft verlangte lediglich, daß über ihre Forderung verhandelt werden soll. Auch die Einlegung eines unparteiischen Schiedsgerichts wurde seitens der Belegschaft verlangt. Das Schiedsgericht verurteilte in der gestrigen Sitzung die Arbeiter. Sie hätten Vertragsbruch begangen, ein Standpunkt, der nach der Auffassung der Entlassenen zu unrecht besteht.

Die Arbeiterschaft erklärt, daß die Unternehmer im Druckergewerbe versuchen, systematisch die Verhältnisse der Buchdrucker zu verschlechtern, und alle Mittel anwenden, um zu diesem Ziele zu gelangen. Empörend ist das Verhalten des Kreisvertreters

Dr. Martinet bei dem gestrigen Schiedsgericht. Er erklärte, ein Betriebsvertreter eines bestimmten Betriebes sei ein Kaufjunge. Das ist der Bestimmung, dessen sich das Unternehmertum bediene. Die Versammelten gaben ihrer Empörung in der Versammlung lebhaften Ausdruck.

Rassini, der Vorsitzende der Buchdrucker, führte aus, daß die ganze Sachlage noch nicht reiflos geklärt sei. Es liege anscheinend ein Mißverständnis über den Tarif vor. Erst eine Vertrauensmännerversammlung am Montag wird alle weiteren Beschlüsse im internen Kreise fassen. Woffe veräumte auch, die Kreisversammlung der Tarifgemeinschaft einzuberufen, die imstande gewesen wäre, diese Affäre ohne weiteres zu erledigen.

Bei Schluß des Blattes tagt die Versammlung noch weiter. Beschlüsse werden in dieser Versammlung nicht gefaßt. Sie bleiben, wie schon oben gesagt wurde, einer Vertrauensmännerversammlung vorbehalten. Heute nachmittag um 4 Uhr wird sich das Tariffchiedsgericht mit der Angelegenheit befassen.

Das Klagamt der Unternehmerfront wird gebildet durch die Firmen Allstein, Scherl und Woffe, die, in allen Arbeiterangelegenheiten längst an einem Strang ziehend, ihr Bündnis auch in diesem Falle wieder zur Geltung bringen.

Das Unternehmertum ist also einmütig zu seiner gestern angekündigten Solidaritätsaktion geschritten. Es scheut indes eine Aussperrung und beschränkt sich darauf, die Herstellung der Zeitungen in den Betrieben zu unterbinden und das Personal mit Hilfsarbeiten zu beschäftigen. Zu einer Entlassung des Personals ist das Unternehmertum nicht geschritten. Es fürchtet also den offenen Kampf auf der ganzen Linie und rechnet mit einer Beilegung vor den Tarifinstanzen. Das ist immerhin ein Funke von Einsicht. Wäre er bei den Herrn der Firma Woffe von vornherein vorhanden gewesen, hätten die Gewaltigen des Zeitungskapitals dem Verlangen des Personals von Woffe nach Verhandlungen von vornherein stattgegeben und nicht unter Umgehung der Tarifinstanzen die Entlassung des Woffepersonals ausgesprochen, dann wäre auch diese halbe Solidaritätsaktion des Unternehmertums überflüssig geworden. Wie fast immer, so wäre auch dieser Konflikt zu vermeiden gewesen, wenn das Unternehmertum die gleiche Verhandlungsbereitschaft gezeigt hätte wie die Arbeiter. Das ist nicht geschehen und die Buchdrucker werden nun ihre Sache in gemeinsamer Front durchführen, gestützt auf die Macht ihrer Organisation.

### Die große bürgerliche Presse stillgelegt

Während die sozialistischen Blätter heute morgen alle erschienen sind und rasenden Abzug im Straßenverkauf hatten, sind von den bürgerlichen Blättern lediglich erschienen: „Der Deutsche“, „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Zeitung“.

Heute mittag sind auch die beiden Mittagsblätter „Neue Berliner“ und „A. Z. am Mittag“ nicht herausgekommen.

## Die Internationale des Glends

Von Bruno Ach

Der kurzen Periode wirtschaftlicher Prosperität, die in den ersten Jahren nach Abschluß des Weltkrieges in fast allen Staaten in einem großen Umfange in Erscheinung getreten war, ist eine Zeit der Krisen und des wirtschaftlichen Rückganges gefolgt, die vor allem in den westeuropäischen Ländern und in Amerika auch gegenwärtig noch in stärkstem Maße anhält. Die Verringerung der Kaufkraft großer und wichtiger Gebiete, die fast restlose Ausschaltung des europäischen Ostens aus der Weltwirtschaft haben zu einer so weitgehenden Störung des ökonomischen Mechanismus geführt, daß die sorgenvollen Erörterungen über Auswege aus dieser Lage einen breiten Raum in der Presse und in den Beratungen der Staatsmänner, Volkswirtschaftler, Unternehmer und Arbeiter sämtlicher in die Weltwirtschaft verflochtenen und an ihrer Gesundheit interessierten Staaten einnehmen.

Durch den Sturz der deutschen Valuta, der gleichzeitig mit dem der österreichischen und polnischen erfolgte, aber auch von einer Senkung der französischen und belgischen sowie italienischen Wechselkurse begleitet war, ist das Problem der Ordnung der Währungsverhältnisse und der Wiederherstellung stabiler Wechselkurse erneut in den Vordergrund gehoben und weiten Kreisen zum Bewußtsein gebracht worden, daß eine längere Dauer dieser heftigen Schwankungen am Devisenmarkt für die valutaschwachen wie die valutasarken Länder gleich verhängnisvoll sein würde. Die Höhe der Valuta ist zwar für den ausländischen Reisenden, der eine Fahrt nach Deutschland oder Österreich unternimmt, außerordentlich angenehm und erlaubt ihm, für einen Bruchteil der Summen vergnüglich zu leben, die er für den gleichen Zweck in seiner Heimat ausgeben müßte, für die Mehrheit der Bevölkerung dieses an hochwertigen Valuta leidenden Landes aber bedeutet sie eine teure Lebenshaltung, große Schwierigkeiten des Warenabfahes im Ausland und ständige Ueberschwemmung des heimischen Marktes mit Erzeugnissen valutaschwacher Länder, die auf Grund des niedrigen Standes ihrer Währung zu Preisen verlaufen können, welche weit unter den Herstellungskosten der eigenen Industrie liegen. Für die unter dem schlechtesten Stand der Valuta leidenden Völker aber ergeben sich als Folgen des gegenwärtigen Zustandes eine fortgesetzte Minderung des Realeinkommens aller Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Bezüge erfahrungsgemäß nicht ebenso rasch steigen wie die Geldbewertung fortschreitet, Vereinerung der Besitzer von Produktionsmitteln und Sachgütern, deren Preise der Entwertung der Währung unmittelbar folgen.

Vor allem jedoch eine Verteuerung der fremden Einfuhr, die den Umfang der für den Konsum der Bevölkerung notwendigen ausländischen Produkte, die noch bezogen werden können, ständig verringert und gleichzeitig preistreibend auf alle Inlandserzeugnisse — insbesondere die Lebensmittel — wirkt. Bei Deutschland, das die Verpflichtung zur Zahlung großer Summen als Kriegsschuldigung übernehmen mußte, aber führt jeder Sturz der Mark, d. h. die Erhöhung der Kurse von Auslandsdevisen, zu einer kaum überschaubaren Steigerung der für die Reparation aufzubringenden Beträge und somit — solange nicht auch das Steueraufkommen unmittelbar der Geldentwertung zu folgen vermag — zu einer weiteren Verschärfung des Reiches, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Vermehrung des Notenumlaufs und der sonstigen Ursachen der Inflation bringen muß. Jede Verschärfung des Inflationszustandes, unter dem wir leiden, wird aber bekanntlich erneut Ursache weiterer Geldentwertung, schließt demnach den fürchterlichen Kreislauf des Geschehens, den wir seit Jahren in Deutschland beobachten können, gegen den wir ununterbrochen angekämpft haben, der sich aber infolge der unzulänglichen und mit überholten Gedankengängen arbeitenden Reichssteuerpolitik ständig katastrophaler entwickelt.

Wer die Dinge beobachtet, die sich seit längerer Zeit angefaßt dieser Verhältnisse im Auslande abspielen, sieht vor allem das eifrige Bestreben, immer neue Schutzmauern gegen das Valutadumping Deutschlands und der anderen Länder schlechter Währung aufzurichten. In verschiedenen Staaten ist die Zollgesetzgebung ausgebaut, sind Steuererlässe durchgeführt worden, die der heimischen Industrie die Möglichkeit geben sollen, sich gegen die ausländische Konkurrenz zu behaupten. Sehr oft gehen natürlich die Bestrebungen der Interessenten, die es überall trefflich verstehen, sich mit patriotischen Mänteln zu behängen, viel weiter und zielen darauf, durch Prohibitivzölle die Konsumenten des eigenen Landes einer ungehinderten Ausplünderung unterwerfen zu können. Natürlich sind alle derartigen Maßnahmen nichts weiter als Kurpfuscherei, denn es ist ganz ausgeschlossen, die Krankheit des Weltwirtschaftskörpers mit Arzneien heilen zu können, die sich nur an einige Symptome des Zustandes halten, an die Wurzel des Uebels aber nicht heranzugreifen wagen. Die Erkenntnis dessen, was sich hier abspielt, verdrängt sich allerdings von Monat zu Monat,

## Die Bekanntgabe der Genfer Entscheidung

### Meinungsverschiedenheiten

Genève, 18. Oktober.

Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß Frankreich in der nächsten Sitzung der Völkerbundkonferenz am Mittwoch einen Berichtigungsantrag stellen wird. Der „Petit Parisien“ führt aus, daß sich alle Mitglieder der Völkerbundkonferenz darüber einig seien, daß man die Bekanntgabe der Grenzlinie nicht von den wirtschaftlichen Empfehlungen des Völkerbundes trennen dürfe. Frankreich, England und der Völkerbund seien der Ansicht, daß es dem Geiste der vorgeschlagenen Lösung widersprechen würde, die wirtschaftlichen Empfehlungen als einfachen Wunsch des Völkerbundes zu betrachten. Da man die Grenze durch ein von Bergwerken und Fabriken übersätes Gebiet gezogen habe, könnte ein Zustand bedauerlicher Unordnung eintreten, wenn man nicht Vorichtsmaßnahmen trafe, die der Völkerbund empfahl. Darüber sei sich alle Welt einig. Allerdings habe der Friedensvertrag vorausgesehen, daß man nur eine Grenzlinie festlegen solle, dagegen sagte er aber nichts darüber, daß gleichzeitig wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden möchten. Im Gegenteil: Es finden sich in Artikel 88 ein paar Bestimmungen, welche Verlegenheiten bereiten. Aber dies seien nur technische Einzelheiten, die gegenwärtig geprüft werden und die nur dazu führen sollen, gleichzeitig die Grenzlinie und die wirtschaftlichen Empfehlungen Deutschlands und Polens bekanntzugeben zu können.

So optimistisch wie der „Petit Parisien“ sieht das „Oeuvre“ allerdings die Situation nicht an. Es berichtet, daß es in der Sitzung der Völkerbundkonferenz am Sonnabend zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten zwischen Jules Cambon als Vertreter Frankreichs und dem englischen Geschäftsträger sowie dem japanischen Vorkämpfer gekommen sei. Die beiden letztgenannten erklärten, daß der Völkerbundsbeschluß so angenommen werden müsse, wie er gefaßt wurde, und daß keinerlei Vorbehalte noch Änderungen gestattet werden könnten.

„Oeuvre“ erklärt, daß eine gewisse diplomatische Kühnheit dazu gehöre, wenn man nach einer so heftigen Debatte behaupten wolle, daß die Völkerbundkonferenz den Beschluß des Völkerbundes gebilligt habe, ebenso kühn sei es, zu versprechen, daß am Mittwoch nur die Einzelheiten der Durchführung besprochen würden. Die Lage sei nunmehr, nachdem man den englischen Sachverständigen Mac King und französischen Sachverständigen Fromageot zusammenarbeiten lassen müsse, die, daß die Mitglieder des Obersten Rates, die am 12. August in der oberösterreichischen Frage den Schiedspruch des Völkerbundes anrufen mußten, nunmehr, also zwei Monate später, zwei juristische Sachverständige aufbieten müssen, um diesen Schiedspruch des Völkerbundes durchzuführen zu lassen. Diese Komplikationen seien bedauerlich; denn sie verminderten die Autorität der Alliierten und vermehrten den Geist des Widerstandes in Deutschland. Deutschland werde von den Staatsmännern oder Diplomaten der Alliierten selbst das Mittel in die Hand gegeben, die Entscheidung des Völkerbundes anzufechten.

### Vorläufig keine Zurückziehung der alliierten Truppen

Einer Reutersnote zufolge rechnet man in England bereits damit, daß die oberösterreichische Frage, wie man erklärt, vom politischen Standpunkt aus endgültig geregelt sei und daß die Herrschaft der interalliierten Kommission und das Verbleiben der alliierten Truppen in Oberösterreich noch einige Wochen dauern könnte. Es sei noch keine Rede davon, die alliierten Truppen aus Oberösterreich zurückzuziehen, bevor nicht eine Kommission an Ort und Stelle die vorgeschlagene Grenze genau gezogen hätte. Bezüglich der wirtschaftlichen Abmachungen erklärt die Reutersnote, daß sie im Interesse der beiden Parteien ausgearbeitet worden sei und das mache es selbstverständlich, wenn beide Parteien nicht alle diese Bestimmungen annehmen und nicht alle Anstrengungen machten, sie durchzuführen. Die Reutersnote fügt hinzu, daß den letzten Nachrichten zufolge in Oberösterreich vollkommene Ruhe herrsche.



aber es fehlen der Wille und die Fähigkeit zu einer gründlichen Operation, weil dieselbe an die Interessengebiete der kapitalistischen Kugeln mit Energie herangehen und an die Stelle enger privatwirtschaftlicher Gesichtspunkte weitgehende gemeinwirtschaftliche Stellen müßte. Die Opfer, die gebracht werden müssen, will man überall auf die Schultern der Arbeiterklasse laden, der Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und gleichzeitige Arbeitslosigkeit wieder einmal das Wesen und den Segen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung deutlich genug vor die Augen führen. Krise über Krise durchzittert den Bau der Weltwirtschaft, wirkt Millionen arbeitender Menschen in wachsendes Elend und unüberschaubare furchterliche Leiden, die wirtschaftlichen und politischen Nachhaken der Welt aber stehen unfähig vor diesen großen Problemen und versuchen mit unzulänglichen Mitteln Aufgaben zu bewältigen, deren Lösung nur auf dem Wege der solidarischen Arbeitsleistung aller Völker und der Ausschöpfung der einseitig auf Profit gestellten Wirtschaftsführung der kapitalistischen Gesellschaft denkbar ist.

Wie schwierig die Wirtschaftslage des Auslandes zurzeit ist, sei an den Ziffern der Arbeitslosigkeit und der Produktionsminderung einzelner Länder etwas genauer beleuchtet: (Zahlen aus der Uebersicht des Reichsarbeitsblattes Nr. 24.) Anfang September stellte sich die Arbeitslosigkeit in Großbritannien auf 1,37 Millionen Vollerwerbslose und annähernd eine halbe Million Kurzarbeiter, die Warenzufuhr ist dem Werte nach auf weniger als die Hälfte des Vorjahres (51 gegen 114 Millionen Pfund Sterling) gesunken, die Roheisenproduktion betrug im August — zum Teil noch Nachwirkung des Bergarbeiterstreiks — 93 600 Tonnen gegen etwa 750 000 Tonnen im August des Vorjahres. Ende August 1921 waren 46, Ende August 1920 jedoch über 300 Hochöfen in Betrieb.

Auch in Frankreich, das unter der Krise verhältnismäßig wenig gelitten hat, zeigen sich beträchtliche Einschränkungen der industriellen Produktion insbesondere in der Schwerindustrie. Die Erzeugung an Roheisen soll einem Bericht der Vereinigung der Roheisen- und Stahlfabrikanten zufolge im Juli 1921 nur etwa ein Siebtel der vorjährigen Produktion betragen (117 000 Tonnen gegen 789 000). Die großen Streiks wegen des eingeleiteten Lohnabbaus sind zumeist für die Arbeiterklasse ungünstig verlaufen, was gleichfalls die gesamte Wirtschaftslage in gewissem Umfange kennzeichnet.

Schwieriger liegen die Verhältnisse in Belgien, das eine sehr beträchtliche Arbeitslosenziffer aufzuweisen hat und ebenfalls große Produktionsausfälle in der Eisenindustrie verzeichnen muß. Nach der im Reichsarbeitsblatt verzeichneten, der „Revue du travail“ entnommenen Statistik ist die Roheisenherzeugung von 103 000 Tonnen im April 1921 auf 24 000 Tonnen im Juli gesunken, während sie im Monatsdurchschnitt 1920 etwa 100 000, im Monatsdurchschnitt 1913 aber 200 000 Tonnen betrug. Ein ähnliches Verhältnis zeigt sich bei Walzwerkstahl.

Die Krise in Holland, das eine sehr hochwertige Baluta hat, dauert an. Riesige Verluste einzelner Unternehmen haben zu teilweise aufsehenerregenden Konkursen geführt. Von den Mitgliedern der Amsterdamer Gewerkschaften, die der Amsterdamer staatlichen Versicherungsasse gegen Arbeitslosigkeit angeschlossen sind, waren im Juli 20,9 v. H. arbeitslos.

Dänemark, Norwegen, die Schweiz und in sehr starkem Maße Spanien und Italien leiden unter der Krise und der großen Arbeitslosigkeit. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die wirtschaftlich während des Krieges und der Nachkriegszeit die Vormachtstellung in der Welt gewonnen haben, zeigen trotz geringer Anzeichen einer Besserung der Krisenwirkung in einem ebenso bedenklichen Maße.

Wohin wir auch sehen, erblicken wir die furchtbaren Wirkungen einer Politik, die den ökonomischen Notwendigkeiten der Völker nicht gerecht zu werden vermag. Während die Not und der Mangel an wichtigsten Gütern in den Häusern der Arbeiterklasse aller Länder unbestritten ihre furchtbare Herrschaft ausüben, stehen die Fabriken still, müssen Millionen arbeitswilliger Hände und Köpfe seern. Liegen die aufgestapelten Warenmassen ohne Abzahnmöglichkeit in den Magazinen und zerbrechen sich die Staatsmänner den Kopf, wie sie mit halben oder Viertelmaßnahmen den

drohenden Gefahren der Stunde begegnen können. Ihre Unfähigkeit, der Dinge Herr zu werden, droht mit einer neuen Katastrophe für Europa zu enden, wenn nicht die Arbeiterklasse mit Entschlossenheit ihr Schicksal in die eigene Hand nimmt und die Regierungen zwingt, den Weg zu schreiten, den Amsterdam uns gewiesen hat: Es ist der Weg gegenseitiger Hilfe und sozialistischer Umgestaltung der Weltwirtschaft. Ueber die Grenzen hinweg müssen sich die werktätigen Massen die Hand reichen und lähn-entschlossen den nationalstischen Schleier zerreißen, den man ihnen — leider nur zu erfolgreich — in allen Ländern immer wieder vor die Augen legen will.

## Aktentat gegen Wirth

Die „Deutsche Zeitung“ im Hinterhalt

Erzberger ist von den Nationalisten gemeuchelt worden, weil sie ihren Anhängern eingeredet hatten, er stände im Dienste Frankreichs und Englands. Trotz seiner Ermordung sehen die Nationalisten ihr schamloses Werk in derselben Weise fort — nur richtet es sich jetzt gegen Wirth. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt:

„Tragt sich nur, was Wirth sagt. Doch Wirth schweigt. Wirth läßt nur sagen. So viele Geschäfte sind noch nie um einen Staatsmann herum, der zwischen zwei Entschlüssen zu hängen scheint, und längt sich im stillen entschlossen hat. Die sozialistische Presse redet für ihn, die demokratische „Frankfurter Zeitung“ ist auch gewonnen. Man schreibt: Bleib! Bleib! Und droht: Wirth geht! Man droht über die Grenzen des Reiches hinüber — England soll es hören, oder auch Frankreich. Noch in letzter Sekunde. Es wäre doch furchtlich, wenn Wirth ginge. Für England, oder auch für Frankreich.“

Aber Wirth selber sagt nichts. Vielleicht täuscht er, wenn keiner es sieht, und seine Freunde fangen an zu verzweifeln. Wenn er doch spräche! Wenn er doch sagte: Geht ruhig nach Hause, ich bleibe. Ja, es ist so viele Sorge um Wirth herum, so viel unnütze Sorge. Denn fehlt! Wie gefährlich ist es, sich zum Rücktritt zu entschließen, wenn man weiß, daß nachher keiner sagt: Komm wieder! Und das weiß Herr Wirth — das hat man zu verstehen gegeben. Aber wie schön ist es, sich bitten zu lassen: Geh' nicht von uns! Und wie sanft legt sich das eigene Wort auf das schlagende Gewissen: Wenn ihr durchaus nicht anders wollt — nun gut...!“

So wurde auch der Mordbedeutung gegen Erzberger eingeleitet. Als dann die so herbeigeführte graufige Tat geschehen war, da wollten die Mordanstifter unschuldig sein wie neugeborene Kinder.

Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, ist der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der Zentrumsparlei für Mittwoch vormittag zu einer Sitzung einberufen worden. Es ist anzunehmen, daß diese Sitzung die endgültige Entscheidung des Zentrums zur Kabinettsfrage bringen wird.

## Opposition der Arbeiterklasse?

Die rechtssozialistische „Sozialistische Korrespondenz“ schreibt zu den Absichten auf den Sturz der gegenwärtigen Reichsregierung:

„Innerpolitisch aber ist es höchste Zeit, daß die Arbeiter sich zu einer einheitlichen und vernünftigen Politik zurückfinden. Der Fall Wirth mag ein letzter Prüfling sein. Sind Demokraten und Zentrum so reaktionär geworden, daß Wirth fallen muß, was zum Teufel haben Sozialdemokraten dann noch mit ihnen in einer Koalition zu suchen? Dann ist es höchste Zeit, der Koalitions- und Regierungspolitik ein Ende zu machen und gemeinsam mit den Unabhängigen im Reich wie in den Ländern, die keine sozialistische Mehrheit haben, in die Opposition zu gehen, in eine Opposition auf lange Sicht, wenn nötig, auf 20 Jahre. Im Kabinett Wenauer oder — da dieser ablehnen soll — im Kabinett Marx mit den Volksparteilern zusammen haben die Sozialdemokraten nichts zu gewinnen.“

## Konflikte in der Schutzpolizei

Seit Minister Dominicus am Ruder ist, mehren sich die Klagen über militärische Umtriebe in der Schutzpolizei. Der Druck, den das monarchistisch orientierte Offizierskorps ausübt, wird für die Mannschaften immer unerträglicher. Sie haben sich zur Schutzpolizei gemeldet, um wirkliche Polizeidienste zu verrichten. Mit militärischen Spielereien ihre Zeit zu vergeuden, dazu haben die meisten der unteren Beamten keine Lust. Trotzdem nimmt der rein militärische Dienst immer mehr überhand, die Schutzpolizei ist heute zu einer regelrechten Rekrutenschule geworden. Das Beschwerderecht der Beamten steht lediglich auf dem Papier. Die Befugnisse der Offiziere sind allmächtig. In verschiedenen Städten ist es aus diesen Gründen in letzter Zeit zu offenen Konflikten gekommen. Die Schutzbeamten sind vielfach ältere Leute, teilweise sogar Familienväter, und sie glauben deshalb mit Recht, einen Anspruch auf menschenwürdige Behandlung zu haben.

In Kiel führten die Treiber der Offiziere zu einer Dienstverweigerung der Mannschaften. Dort führte ein Hauptmann namens Ruffan die 7. und die 5. Hundertschaft. Die Beamten beschwerten sich wiederholt wegen seines schroffen und unfreundlichen Auftretens. Am Sonnabend, den 8. Oktober, erschien der Sprecher des Beamtenauschusses bei dem Hauptmann und erklärte ihm, die Hundertschaft habe wegen seiner Amtsführung kein Vertrauen mehr zu ihm. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen, und die Folge war, daß drei Beamte, die sich mit den Maßnahmen des Beamtenauschusses einverstanden erklärt hatten, vom Dienst suspendiert wurden.

Daraufhin verweigerte die 7. Hundertschaft den Dienst. Solange Hauptmann Ruffan nicht abgelöst sei, und die 5. Hundertschaft erklärte sich mit der 7. solidarisch. In Anbetracht dessen, daß die Stadt nicht ohne polizeilichen Schutz sein könne, verfiel hierauf der Polizeipräsident die Beurlaubung des Hauptmanns. Die Mannschaften verließen daraufhin ihren Dienst weiter, bis auf einmal der Regierungsräsident von Schleswig eingriff, die 7. und 5. Hundertschaft auf 1000 Mann und zu den drei bereits vom Dienst suspendierten Beamten noch weitere drei Beamte maßregelte.

Die Offiziere haben demnach wiederum einen Sieg errufen, aber auf die Dauer werden sie mit ihren Methoden kaum durchbringen, zumal wenn überall die Beamten energisch ihre Rechte geltend machen. Minister Dominicus hat letzten in einem Erlaß feststellen müssen, daß die Schupo in vielen Fällen ihre Befugnisse überschreite. Auch wir haben wiederholt gegen das Auftreten einzelner Schutzbeamter Klagen führen müssen. Es muß aber im Interesse der Wahrheit festgestellt werden, daß an diesen Ausschreitungen in erster Linie das von Herrn Dominicus begünstigte System die Schuld trägt. Die Kasernehofmannen, gegen die sich die Mannschaften mit Recht aufbäumen, sind nicht dazu angehen, die Beamten mit der notwendigen Vorbildung für ihren Beruf zu versehen. Durch eine Entmilitarisierung wird also nicht nur die Mannschaft befriedigt, auf der die Schwere des Dienstes lastet, sondern wir bekommen auf diese Weise auch endlich eine Polizei, der die Bevölkerung vertrauen kann. Heute ist dieses Vertrauensverhältnis nicht da. Die grüne Polizei ist Polizei nur dem Namen nach, dem Charakter nach ist sie eine ausgeprägte militärische Organisation, ein glänzendes Ersatzstück der ebenso glänzenden Reichswehr.

Die Mannschaftsbestände der Hundertschaften bei der Schupo werden in nächster Zeit von 120 auf 104 reduziert werden. Man will auf diese Weise den Forderungen der Entente auf eine Verringerung der Schupo nachkommen, ohne eine vollkommene Umgruppierung vornehmen zu müssen.

Scholem's Haftentlassung abgelehnt. Der Geschäftsordnungsausschuß des Preussischen Landtages hielt am Montag nachmittag um 4 Uhr eine Sitzung ab, um sich mit dem Antrag der Kommunisten auf Haftentlassung des Abg. Scholem zu beschäftigen. Gleichzeitig stand der Antrag des Oberreichsanwalts auf Genehmigung der strafgerichtlichen Verfolgung und Inhaftnahme des Abg. Scholem wegen der Veroffentlichung der „Roten Fahne“ vom 13. Mai auf der Tagesordnung. Der Ausschuß hat nach eingehender Debatte beschlossen, dem Antrag der Kommunisten auf Haftentlassung des Abg. Scholem nicht stattzugeben. Ferner hat er beschlossen, der Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung auf Antrag des Oberreichsanwalts stattzugeben, jedoch die Inhaftnahme in diesem Falle abzulehnen.

## Der Film am Dienstag

Filmschau

Der „Judas“-Film (Ufa-Palast) gehört zu den besten Auswüchsen des Films. Nicht weil seine Verfertiger sich als unfähig erwiesen, eines der großartigsten Themen — und sei es auch nur in seinen äußeren Grundlinien — halbwegs zu gestalten. Empörend ist nur, daß sich ein schwachmänniges Gefindel sich anmaßt, die Jesusgeschichte gar noch zu „vertiefen“ und umzuwenden! Was daraus wird? Na, natürlich ein logenantes Gesellschafts-drama. Judas verliert sein Bündchen Magdalena an Jesus und glaubt, sie wiederzugewinnen, wenn er Jesus um die Ede bringt. Darin wird er von der eifersüchtigen Gattin des Pilatus unterstützt, die ihren Mann von der Liebe zu einer Jüdin abzulenken versucht, indem sie ihm den Jesusprophet aufhält. Jesus stirbt, aber Magdalena kehrt zu Judas nicht zurück, und Claudia hat den ganzen Prozeß umsonst gefördert, denn es stellt sich heraus, daß Pilatus nur, um nur seine Gattin geliebt und zu jener Jüdin bloß in freundschaftlichen Beziehungen gestanden hatte! Dieser Blödsinn wird durch die Art, wie man ihn uns darbietet, noch gesteigert.

Wenn eine Nichte der Kaiserin Elisabeth die Geschichte ihrer Tante zu einem Film verarbeitet, dann darf man wohl hoffen, aus diesem Film Aufschlüsse zu erhalten über mancherlei allerhöchste Lagen, von denen das Wohl und Wehe der Untertanen abhängig war. Man wird enttäuscht. Die Verfasserin, Gräfin Parrish, ist pietätvoll und zeigt nicht mehr als was man auch so schon wußte, und selbst das nicht in nackter Wahrheit, sondern in idealistischer Hülle. Allerdings geht sogar noch aus der Darstellung der kaiserlichen Nichte hervor, welche Geschicklichkeit die Allerhöchsten Herrschaften darin hatten, durch alberne Spektakel Hofgast zu hervorzuheben: Es macht den Ungarn keinen Spaß mehr, sich von den Habsburgern aufhängen zu lassen, und sie umzingeln drohend das Schwäbchen, wo sich das Kaiserpaar befindet. Wo die Not am höchsten, da — entdeckt Elisabeth in ihrem Bienen Liebe zum Volk und beschließt, sich ihren „lieben Ungarn“ nach alterproben Rezept vom Ballon zu zeigen. Und wie einige Jahrzehnte später Zar Nikolaus seinen „lieben Juden“ — so lächelt sie baldwollt ihren lieben Ungarn zu, während der Teil der Revolutionäre, den das gnädige Lächeln der Landesmutter nicht genügend begeistert, durch mehrere mütterliche Küsse bekehrt wird. So gibt es zum lebhaften Bedauern der Kaiserin „leider einige Bemühte“. Wie es später im Weltkrieg auf Grund einer „zeitlichen Ermüdung“ Franz Josephs „leider einige Tote“ gab. — (Die „Kaiserin Elisabeth“ wurde in einer Pressevorstellung im Marmorhaus gezeigt.)

Somit gab diese Woche weder in positivem noch negativem Sinn etwas Sehenswertes. „Der Wald des Philipp Morris“ (im Lauenzienpalast), von Rudolf Viehroch inszeniert, erzählt von einer Waise, die ihrem Träger alles, was er zu sehen wünscht, vorführt. Hier wäre eine Möglichkeit, die

Phantasie spielen zu lassen, doch wer keine hat, sieht auch durch Zauberdrillen nichts als eine simple Ehebruchsgeschichte. Ebenso simpel ist Armin Petersens und Willy Jeans „Tanz um Liebe und Glück“ (im Marmorhaus). Wie es wohl kaum einen Film gibt, der diesen vlesagenden Titel nicht mit gleichem Recht tragen würde. So gibt es in diesem „Tanz“ schwerlich etwas, das nicht schon unzählige Male anderweitig geboten wurde und leider noch wird. Die Regie Willy Jeans ist nicht unangenehm, obwohl fast die gesamte Presseleute gerade über diesen Film herfällt. Das hat seinen Grund: Jeun inszeniert mit bescheidenen Mitteln und nicht im Dienst eines allmächtigen Filmkonzerns, dessen Fühler bis in die Redaktionsstuben hineinreichen. Also darf man das lange eingebämmte kritische Rädchen fühlen! Der Film ist gewiß nicht besser als der übliche Durchschnitt, zum Schluß eines Wehrlofen und um der Gerechtigkeit willen sei hier jedoch festgestellt, daß er nicht schlechter, wohl aber viel sorgfältiger gearbeitet ist als so mancher in den Himmel gehobene Schand.

Bei weitem angebrachter wäre, gegen die Ausschreitungen der allzu anspruchsvoll auftretenden „Bettelgräfin vom Kurfürstendam“ (in der Schauburg) zu wettern! Wie hier Stimmung „gemacht“ wird, das ist allgemein gefährlich. Lee Barry, die Hauptdarstellerin und Gattin des Regisseurs, ist nun mal nicht so hinreichend, wie sie zu sein glaubt. Dem entsprechend bleibt das Publikum ruhig. Da teilt sich der Vorhang, und inmitten von Blumenstrahlen hat der Direktor „die Ehre, Fräulein Barry persönlich vorzustellen“. Woran Frau Barry das Parkett durchschneidet und Photographien mit Autogramm und Blumen an esthastisch jubelnde Scharen verteilt, natürlich immer als Fräulein, denn mit dem Gürtel, mit dem Säbelle raffe der Bahn vortretender Jünglinge entwel. Dabei wurde mir so übel, daß ich das Theater verließ, um nicht nach weiteren Akten ähnlich entsetzliche Beifallsstürme zu erleben. Bevor Herrn Eichenberg eine sachliche Würdigung seiner Regieleistung zuteil werden kann, muß erst der grobe Unfug, den er seine Gattin treiben läßt, abgestellt sein! — D. K.

## Neues vom Film

Das „Judentum ist Kulturschuld“ beschäftigt sich mit den Vorarbeiten zu einer Filmserie, die die Ausbreitung aller religiösen Bewegungen perspektivisch zeigt. Angefangen wird mit der „Geschichte des Christentums“. Sie wird drei Teile erhalten: 1. Das Christentum bis zum Reformationszeitalter. 2. Die Geschichte der Konfession. 3. Die christliche Wissenschaftszeit.

Am Manuskript für den Film über die Relativitätstheorie arbeiten Professor G. J. Nicolaus, Dr. Otto Baer, Dr. Rudolf Lammert, Prof. Dr. Fante. In langwieriger Arbeit ist es gelungen, die Kulturgeschichte des Relativitäts den darzustellenden komplizierten Bewegungsvorgängen anzupassen. Man soll, sogar die abstrakten Denk- und Forschungsresultate, z. B. in Bezug auf die Relativität des Zeitablaufs, zu denen die Schöpfer der Theorie nur durch Verfechtung neuer mathematischer Formeln gekommen sind, mit den Mitteln des Films der Anschauung erschließen zu können.

Fritz Jacobsen, Propagandachef der Stern-Wochenschrift, gab für die Presse einen Nachmittagsbesuch im Lauenzienpalast und sprach bei der Gelegenheit zum Thema „Film und Presse“. Er betonte es, daß die Zeitungen sich nur dann mit einem Film erheben dürften, wenn ihnen — je nach der Färbung der ge-

wünschten kritischen Würdigung — ein entsprechendes Interaktionsantrag erteilt wird. Er wies auch auf „Berliner Tageblatt“ hin, das den Film vom Hinterbühnen in den Salen seines Feuilletons hineinverlegt, wenn es sich um einen bei Waffe gelassenen Filmstoff handelt. Wir hatten uns mit diesem Fall auch schon beschäftigt.

„Der müde Tod“ steht auch diese Woche auf dem Spielplan des U. T. am Kurfürstendam.

## Proletarische Feiertunden

Die erste proletarische Feiertunde dieses Jahres findet im Großen Schauspielhaus Sonntag, den 23. Oktober, vormittags, statt. Unser Sprecher, hat seit vielen Wochen tüchtig gearbeitet und wird im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen. Neben dem Sprecher wird ein von Heinz Tieszen geleitetes Blasorchester hervorragend mitwirken. Das Programm wird im ganzen folgendenmaßen aussehen: Zur Einleitung spielt das Blasorchester ein Stück von Mendelssohn, darauf folgt der Männerchor „Kamenos“ einen Chor von Uthmann. Artur Crispian hält die Ansprache dieser Feiertunde unter dem Titel „Freiheit und Brot“. Das Blasorchester spielt hierauf eine Serenade von Mozart, der Männerchor singt noch ein Stück von Uthmann und hierauf leitet das Blasorchester mit einem Marsch von Tieszen zu den Vorträgen des Sprechers über. Der Sprecher wird Werke von Hegel, Dehmel, Hauptmann und Goethe unter Leitung von Albert Florath, Regisseur des Staatstheaters, vortragen. Lothar Räthel vom Staatstheater wird als Sprecher mitwirken. Den Schluß der Veranstaltung wird der gemeinsame Gesang der Internationale sein. Zwei Strophen davon werden auf der Rückseite des Programms gedruckt werden, so daß es den Massen der Besucher möglich sein wird, in den Gesang des Männerchors einzufallen und die Feiertunde mit dem machtvollen Chor von 3000 Stimmen beschloffen werden wird.

Sprechchor für die Proletarischen Feiertunden. Wegen der am Sonntag stattfindende Feiertunden muß morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums ein besonderer Übungsabend abgehalten werden. Alle Mitglieder müssen pünktlich erscheinen. Donnerstag regelmäßiger Übungsabend.

Wagners „Siegfried“ (Große Volksoper: Neue Welt). Welch ein edles, vollständiges Bild! In kleinen Tischen sitzen vollgeproppert weit mehr als tausend Menschen und hören, wo man sonst Würste und andere leichte Mufft vernimmt, nichts Geringeres und Leichteres als — Wagner, sogar mit Dekoration, fast ganz so wie in einem großen Opernhaus. Das ganze ist als äußerst gelungenes Experiment zu bezeichnen.

Das erläuternde Programmheft meint, der Zwischenraum von mehr als zwölf Jahren, der zwischen der Entdeckung des ersten Teiles der Oper und der zweiten Hälfte liegt, sei dem Werte zum



# Die Spekulation mit dem Oppauer Unglück

## Hexensabbath

Schon während unter dem Schmerzgestöhn der Angehörigen die Opfer der Katastrophe von Oppau in die Gruben versenkt wurden, machte sich das Spekulantentum bereut, um aus der Not und dem Tod der Tausende neuen Gewinn zu schürfen. An der badischen Anilin- und Sodafabrik, in deren Werken die Explosion stattfand, sind alle Gesellschaften des Anilinkonzerns beteiligt. Diese großkapitalistische Interessengemeinschaft verfügt über mehr als 1 1/2 Milliarden Aktienkapital. Der Kurs der Aktien aller beteiligten Gesellschaften stand an der Börse weit über 400 Prozent. Der durch die Explosion verursachte Schaden wird auf 700—900 Millionen Mark bewertet, was 14—16 Prozent des investierten Gesamtkapitals betragen würde. Jetzt stellt sich heraus, daß die Katastrophe für die Beteiligten, ohnehin mit reichem Gewinn segensreichen Kapitalisten ein neues Geschäft werden wird: die Kurse der Anilinkonzernaktien zeigen an der Börse eine starke Aufwärtsbewegung. Das Unglück der Arbeiter von Oppau wird also zu einem glänzenden Geschäft für das Kapital.

Wir wollen mit unserem Urteil über diesen Zustand zunächst zurückhalten. Weit wichtiger erscheint uns die Stimme aus dem bürgerlichen Lager, die sich loben zu dieser Erscheinung äußert. Auch „Der Deutsche“, das Leiborgan des Ministerpräsidenten Stegerwald, gibt den von uns oben dargestellten Sachverhalt wieder und bemerkt dazu:

„Während nun das furchtbare Unglück im In- und Auslande das tiefste Mitleid für die Opfer hervorrief und die private Wohltätigkeit, angeregt durch Aufrufe von Regierungsstellen, Presse usw. eine große Hilfsaktion einleitete, der sich dann auch die Kirchen durch Ein Sammlung von Kollekten anschlossen, treibt die Gewinn gier gewisser Börsenleute dahin, in einem Unglück von solchem Ausmaße zuerst die Möglichkeit neuer mühseliger Gewinne zu entdecken!“

Wie hoch die Gewinne sind, die den Kapitalisten aus der Katastrophe erwachsen, ergibt sich aus der „Frankfurter Zeitung“, die gleichfalls nicht in den Verdacht geraten kann, ihre Aussagen aus Feindschaft gegen das kapitalistische System zu machen. Einige Tage nach dem Unglück wurden die Kurse von den Firmen des Anilinkonzerns auf Anordnung der Börsenvorstände von Frankfurt und Berlin nicht notiert. Aber bereits am 3. Oktober — das Unglück war am 21. September — meldete der Börsenbericht der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin:

„Badische Anilin 570 (d. h. eine erhebliche Steigerung); man folgert aus der Neuherausgabe Duisbergs, daß die Herstellung von Oppau eine halbe Milliarde Mark kosten werde, jetzt wie schon am ersten Tage nach der Explosion, daß der Anilinkonzern damit Gelegenheit bekommen werde, zu einer neuen Kapitalerhöhung und „also zu einem neuen glänzenden Bezugsrecht“.

Die Kalkulation der Kapitalisten, auf der diese Entwicklung beruht, ist folgende: Um die Kosten des Unglücks von nahezu einer Milliarde aufzubringen, wird der Konzern neue Aktien ausgeben müssen. Bei Ausgabe der neuen Aktien, die sich weit über den Kursstand der alten erheben werden, wird den Besitzern der alten Aktien ein Bezugsrecht eingeräumt werden. Wer also noch schnell alte Aktien an sich bringen kann und sie nach der Kurssteigerung wieder abstoßt, was bei den gern gekauften Papieren leicht möglich ist, der verdient mühelos damit die Differenz zwischen dem Kurs der Ausgabe der neuen Aktien und dem Kurs der alten Aktien.

Dazu hat „Der Deutsche“ wiederum folgendes zu bemerken:

„Das ist die Spekulation der Börse, daß es die Absicht des Konzerns ist, ist noch nicht gesagt. Wir wollen es nicht hoffen. Immerhin scheint es dringend notwendig, zu warnen. Ein solches Verfahren müßte allen Segnern der kapitalistischen Wirtschaft

Wasser auf die Mühlen treiben, und die berechtigste Erregung darüber würde sich nicht dämpfen lassen. Ist es denn nicht unerhört, daß das ganze Volk aufgerufen wird, Gaben für die Opfer zu sammeln — und die zuerst zu deren Beförderung Verpflichteten benützen die Gelegenheit zu einem glänzenden Geschäft?“

Was das christliche Blatt hier zeichnet, ist in der Tat ein außerordentlich treffendes Bild der gegenwärtigen Ordnung. Während sich offizielle Körperschaften, die würdigen Repräsentanten des Staates, an den Begräbnisfeierlichkeiten in Oppau beteiligten, während die Vertreter des Staates in geschwollenen Reden den Hinterbliebenen der Opfer die Versicherung des Mitgeföhls des gesamten deutschen Volkes gaben, während die Priester in den Kirchen Gebete sammelten und Glockenläuten den Tod der Tausende begleitete — kurz, während die gesamte bürgerliche Welt von heuchlerischer Menschenliebe überfloß, sahen die Börsenmänner bereits mit gepöppeltem Bleistift bei ihrem Schreibblock und rechneten. Errechneten die Millionen, die ihnen das Grauen der Katastrophe bei geschickter Spekulation einbringen wird.

Nur in einem Punkte irrt „Der Deutsche“. Das Blatt meint, die Stellen, die die Sammlungen veranstaltet haben, sollten dem Hexensabbath entgegenzutreten. Die Börsenjobber werden lachen. Mit dem guten Zureden und der frommen Moral des christlichen Blattes lassen sich diese Kreise nicht in ihren Geschäften stören. Für sie ist alles Anlaß zum Gewinn, zum Geldschaukeln: der Krieg war es, die Revolution nicht minder. Die Zwangslage der Verpflichtungen des Reiches aus dem Friedensvertrag ist es gegenwärtig und das entsetzliche Unglück von Oppau ist es auch. Beseitigt werden kann diese Schwierigkeit nur durch die Kraft der Arbeiterklasse, durch den Sozialismus.

## Die Schüsse von Lüdenscheid

Auf dem deutschvolksparteilichen Parteitag für Rheinland-Westfalen, der vor einigen Wochen in Lüdenscheid stattfand, wurden während der Sitzung nach einer Rede Strejmanns einige Schüsse durch das Fenster in der Richtung nach der Rednertribüne abgegeben. Es wurde niemand verletzt. Wie jetzt die P. B. N. erfahren, sind die Täter, die das Attentat verübt haben, verhaftet worden. Es sind im ganzen fünf Personen und sämtlich eingeschriebene Mitglieder der KPD. Die Hauptperson, von der auch die Schüsse abgegeben worden sind, ist ein gewisser August Schmidt.

## Republikanische Justiz

Am vergangenen Freitag fand in Darmstadt ein Prozeß statt, der wieder einmal zeigte, wie es mit der Rechtspflege in der Republik bestellt ist. Angeklagt war der verantwortliche Redakteur der „Darmstädter Zeitung“, dem amtlichen Organ der heßischen Landesregierung. In dieser Zeitung erschienen am 9. Mai ein Artikel, der sich gegen die monarchistischen Treiber einer Darmstädter Regimentsvereinigung richtete. Der Artikel war durchaus sachlich gehalten und enthielt keinerlei persönliche Schärpen gegen die Offiziere, die den Regimentsrummel aufzogen. Es wurde lediglich festgestellt, daß es von einem empörenden Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl zeugt, wenn jetzt gewisse militärische Kreise ihre Gefinnung so herausfordernd zur Schau stellen, daß sich breite Bevölkerungsschichten darüber empören müßten.

Die Verantworte der monarchistischen Feiler fühlten sich beleidigt, sie stellten Strafantrag, und siehe da, es fand sich auch ein Staatsanwalt — Dr. Reuzgahl heißt er — der im allgemeinen öffentlichen Interesse (!!) Anklage erhob. Auf seine Anweisung wurde sogar eine hochnotpeinliche Hausdurchsuchung in den Redaktions- und Druckereiräumen der „Darmstädter Zeitung“ vorgenommen, um nach dem Manuskript zu suchen. Am 13. Oktober hatte sich der Presseländer vor Gericht zu verantworten. Der Anklagevertreter beantragte wegen Beleidigung 600 Mark Geld-

Meldern im Bett liegt und sich im letzten Akt in einer (warum nur rückwärts?) bis auf den Gürtel ausgeputzten Toilette zeigt, was bei dem verständnisreichen Publikum des Kurfürstendamms ein „Ah“ der Bewunderung und — das einzige Mal bei offener Szene — spontanen Beifall auslöste. — Warum diese französischen Stücke gegeben werden? Ich glaube, nicht nur das Bedürfnis einer gewissen Schicht des Berliner Publikums verlangt es, es entrichtet vielleicht auch dem unausgesprochenen Revandegedank, daß die französischen Autoren ihre Tonitruer doch nur in entwerteter deutscher Mark bekommen. Die französischen Produzenten gewinnen dabei nicht viel; wir, die Konsumenten — noch weniger.

Mein Freund Tedda (Trianon-Theater). Die Leute, die dieses Lustspiel von Rivolin und Bernard noch nicht vor Johren in den Kammernspielen gesehen haben, können sich nun im Trianon überzeugen, daß es auch unter den Pariser anständigen Lustspiel-dichter gibt, die moralisch genug sind, um ihre Gestalten sich zum Schluß auf die ebelfichte Weise von der Welt kriegen zu lassen. Daß sie trotzdem Pariser sind, merkt man an der geschickten Technik, die sich keine Wirkung entgehen läßt, ohne außerordentlich zu erschauern. Die Aufführung unter der Regie Arnold Korffs war nett und lustig, aber sie blieb doch ein blühendes Scherzstück. Korff gab selbst den treuherrigen Amerikaner, der der Held dieser Harmlosigkeit ist, ganz famos. H. E. K.

## Tages-Notizen

Bevorstehenden der U. S. V. D. Der kürzlich veranstalteten die Betriebsräte der Reichsdruckerei für die Kassenhilfe einen Zehn-Tage-Abend. Alfred Beitzle erzählte im freien Vortrag „Die Geschichte von den 7 Gebäuden“. Dieser Abend wird von den Bildungsausschüssen der U. S. V. D. wiederholt und zwar am 20. Oktober in Frankfurt, am 2. November in Berlin, am 10. November in Leipzig, am 17. November in Stuttgart. Die U. S. V. D. hat in Leipzig einen Vortrag über die Geschichte der U. S. V. D. am 10. Oktober in Leipzig, am 17. November in Stuttgart. Der Vortrag wird jedesmal von Entschloßen unternommen, die Seite Trau ausfüllen.

Die U. S. V. D. Tropfen-Kammernweg veranstaltet Freitag ihren vierten wissenschaftlichen Film-Abend, 7 1/2 Uhr, Sternwarten Treptow, Karten 2 1/2 M. Programm: Großhölzer, Frauen — D. Hülling am Hof — Jubiläumskreis — Festschiff Krim — Statistisches auf d. Rinde.

Im 2. Konzert der Volksbühne, das Sonntag, 11/12 Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfinden, wird die Singakademie unter Leitung ihres Direktors Professor Georg Schumann Chöre von Bach, Vokalisten, Mendelssohn zur Aufführung bringen. Kammerchor: F. von Knay, Brackmann (singt italienische Lieder und Lieder von Schubert).

Stalosseer, Alfred Dierkerz gastiert Sonnabend in der „Bühne“.

Die Karlewina, die berühmte Tänzerin, nachts 10 Uhr in der Berlin-Mitte, nachm. 1/2 Uhr, im Großen Schauspielhaus. Karten ab 10 M. exkl. Steuer.

Die Berliner medizinische Gesellschaft veranstaltet Mittwoch, 1/2 Uhr, eine Fortbildung zur Feier des 100. Geburtstags von Virchow im großen Saal des Langenbeck-Badenschwanzes, Luisenpark, 16-18.

Kleine Mitteilungen. Das Graupische Kabinett (Kurfürstendamm 122) hat Probeauftritte zu 11111 Tickets „Über die Vieh“ aus — Graupisch spricht Mittwoch, 8 Uhr, in der Buchhandlung Wilm, Spichernstr. 7, Verboten, Freud und Rudolf Bernbach.

Strafe, das Höchstmäß der im Strafgesetzbuch vorgesehenen Strafe. Das Gericht schloß sich dem Antrag an und fällte ein dementsprechendes Urteil.

Stellen wir also fest: Der Redakteur eines amtlichen republikanischen Organs rügt sachlich und pflichtgemäß die dreifachen Mängelhaftigkeit der Monarchisten, die darauf hinauslaufen, die Republik zu beseitigen. Er ermahnt zur Einigkeit und stellt fest, daß durch das Treiben der Monarchisten die Interessen der Republik auf das schwerste gefährdet würden. Der Anwalt eines republikanischen Staates erhebt daraufhin Anklage und läßt den Redakteur, der für den Schutz der Republik eingetreten ist, zu 600 Mark Geldstrafe verurteilen. Der Fall klingt unglücklich. Aber wir haben sowohl den unter Anklage stehenden Kritiker als auch den Prozeßbericht gelesen und beizogen noch einmal, daß der unter Anklage stehende Kritiker keinerlei persönliche Beschimpfungen enthält. Es wird nur ganz allgemein das Treiben der Monarchisten kritisiert.

Der bestrafte Redakteur hat gegen das Urteil selbstverständlich Berufung eingelegt. Wir wollen nun abwarten, ob sich auch die Berufungsinstanz bereit findet, ein derartiges Urteil zu bestätigen, das im Grunde genommen eine unerhörte Herausforderung an die Republik ist. Der Staatsanwalt aber, der die Anklage erhoben und eine derartige Strafe zu beantragen gewagt hat, sollte in einem republikanischen Staat reich dafür sein, im großen Bogen an die frische Luft zu fliegen. Das erfordert der Respekt der Republik, wenn sie sich vor den monarchistischen Treibern nicht lächerlich machen will.

## Die Prüfung von Gnadengesuchen

### Eine amtliche Statistik

Dem Reichstag ist die durch seine Entschließung vom 26. Februar 1921 gewünschte Statistik über das Ergebnis der Prüfung von Gnadengesuchen, für welche die Zuständigkeit des Reichs gegeben ist, nunmehr zugegangen. Nach dieser Zusammenstellung hat der Reichspräsident im Rechnungsjahr 1920 über insgesamt 6099 Gnadengesuche eine Entscheidung getroffen; davon bestrafen 4113 Fälle Urteile militärischer Gerichte und 1977 Fälle Urteile ziviler Gerichte (Reichsgericht und außerordentliche Gerichte). Von den ersteren wurden in 2526 Fällen Gnadenerweise (Straferlass, bedingter Straferlass, Kürzung der Strafdauer, Umwandlung in mildere Straforten, Wegfall von Nebenstrafen) ausgesprochen, in 1587 Fällen erfolgte Ablehnung des Gnadengesuchs. Von den Fällen der bürgerlichen Gerichte betrafen 30 Urteile das Reichsgericht; von diesen wurden 9 durch Gnadenerweise, 21 durch Ablehnung erledigt. 1947 Gesuche bezogen sich auf Urteile der außerordentlichen Gerichte; in 290 dieser Fälle wurde ein Gnadenerweis abgelehnt, in 963 Fällen ein Gnadenerweis ausgesprochen, und 694 Fälle erledigten sich durch das Amnestiegesetz vom 4. August 1920.

Diese Statistik bezieht sich allerdings nur auf Beurteilungen vor dem Märztag 1921.

## Die englische Presse zum Marzsturz

London, 18. Oktober.

Auch die Morgenblätter besaßen sich mit dem Sturz der deutschen Mark. Während „Times“ in einem Leitartikel schreibt, eine Ermäßigung der an Deutschland gestellten Forderungen würde im gegenwärtigen Augenblick die wirtschaftlichen Aussichten in Europa nicht verbessern, sagt „Daily News“, nach seiner Ansicht seien die Reparationsforderungen am Zusammenbruch der Mark schuld. Wenn der Sturz der Mark anhalte, so könne Deutschland womöglich die geforderte Summe nicht bezahlen. Unter Hinweis auf den Schaden, den der Tiefstand der Mark ganz Europa zuzufügt, fragt „Daily News“, weshalb man auf der Forderung der Reparationen bestohe.

## Streit der amerikanischen Eisenbahner

U. S. New York, 18. Oktober.

500 Vorstandmitglieder von vier Eisenbahngewerkschaften haben Beschl erhalten, ihre Mitglieder aufzufordern, am 30. Oktober in den Ausstand zu treten. Das gesamte Eisenbahnnetz ist in vier Gruppen verteilt, 17 Eisenbahnen, die zu einer Gruppe gehören, werden am 30. Oktober stillgelegt werden. Der Streit in den anderen drei Gruppen folgt 24 Stunden später.

## Ein Vermittlungsvorschlag der Regierung

Washington, 17. Oktober.

Das Arbeitsdepartement hat, um den drohenden Eisenbahnerstreik zu verhindern, verschiedene Vorschläge gemacht, wonach die Franchisen der Eisenbahner entsprechend der Verminderung der Löhne, wie sie im Juli empfohlen wurde, herabgesetzt werden sollen; ferner sollen die Eisenbahngesellschaften ihre Forderung nach einer neuen Lohnverminderung aufgeben und die Angestellten sollen den Streikbeschl vorläufig zurückziehen. Inzwischen werden alle Vorbereitungen für den Ausbruch des Streiks getroffen. Für die Verteilung von Lebensmitteln in New York stehen 57 000 Lastautos zur Verfügung.

Wie aus Cleveland in Ohio gemeldet wird, hat der Präsident des Verbandes der Maschinisten erklärt, die Vorschläge des Arbeitsdepartements seien unannehmbar.

Präsident Harding hat die Mitglieder des Railway Labour Board (Führer der Eisenbahnerverbände) empfangen, um mit ihnen über die Streikfrage zu beraten. Die Beratungen führten zu keinem Ergebnis, werden jedoch in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Verteidigung. In der Aufstellung der neuen Stadiverordnetenfraktion der U. S. V. D. muß es laut Wilhelm Heiman heißen: Wilhelm Reimann (Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes).

Zum Fall Stadler sendet uns die Liga zum Schutze der deutschen Kultur folgende Verteidigung: „Dr. Eduard Stadler ist seit Mitte 1919 aus der Leitung der Liga zum Schutze der deutschen Kultur ausgeschieden. Seit November 1920 ist er auch nicht mehr in irgendeiner Form für die Liga zum Schutze der deutschen Kultur tätig gewesen. Die „Antibolschewistische Liga“ (Rechtsvorgängerin der „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“) hat mit dem Nord in den sozialistischen und revolutionären Führern nichts zu tun und hat demnach auch einen solchen Nord nicht organisiert.“ Wir fügen hinzu, daß uns eine Verwechslung unterlaufen ist insofern, als es die „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“ war, nicht die „Antibolschewistische Liga“, die die bösartige Nordbeize gegen die revolutionären Führer organisierte.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Nach den Mitteilungen des Berner statistischen Amtes gab es am 30. September 136 067 Arbeitslose in der Schweiz, von denen 69 421 teilweises, 66 646 völlig arbeitslos waren. Von diesen erhielten 35 000 Arbeitslosenunterstützung. Im letzten Monat hat die Zahl der völlig Arbeitslosen um 5000 abgenommen, während die Zahl der nur teilweise Beschäftigten um 5000 gewachsen ist.

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk**  
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Bestäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.  
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise  
10% Preiszuschlag.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Drazgaj 37a/21 1.**

Segen geworden. Ich glaube das Gegenteil: gerade der erste Akt ist voll von unergleichen Genie, das sprudelt von einwilligen, da ist der ganze wilde, nordische Zaubermeister drin, mit allem Wackelungen und Sonnenschulen, aus höchstem, jungstem Herzen heraus, da vergißt man Menschenstimme und Handlung, überall lebt und redet es — ein goldener Märchentraum von ewiger Genialität. Und so geht es ein gutes Stück in den zweiten Akt hinein.

Reiben wir beim ersten Akt der höchst verdienstvollen Aufführung, so müssen wir gleich den Nimm des Herrn Henke herausheben. Das war eine reiche, schöne gelangliche Leistung. Nur schauspielerisch zu wenig ausreißend. Dieser Zwerg ist eine sehr gelungene frische Figur und muß Ton um Ton mit dem Orchester, dem eigentlichen Herzen der Dichtung, mitleiden. Statt dessen lag der Darsteller wie ein Prinz ausgestreckt da, und hörte sich in Ruhe das hineinredende Schmeidelein an. Und vorher, als Streifried in den Wald rennt, warum erlebt Nimm nicht die grandiose spitze Sequenz und das chromatische Geheule der Musik mit?

In solchen Zeichen des unzureichenden, meist posenhaften Spielers (Brunhilde und der Wanderer!) stand leider die ganze Aufführung. Ausgezeichnet waren hingegen: die temperamentvolle und geistreiche Orchesterleitung Streichers, das Orchester selbst, der Fagot des Herrn von Schwind, dessen mächtiger Bass wie aus einem Trichter der Unterwelt hervorquillt und so wunderbare Töne hergibt, die nur mit dem düster-großartigen Gesang der Frau Rektor (Erda) zu vergleichen waren, endlich manches Helle und Jugendlich-Reueiche im Siegfried des Herrn Volk. — Noch ein Wort von der raschen, verdienstvollen Inszenierung durch Prof. Hötth. Im ersten Akt führte der Theatervorhang des Hintergrundes. Welungen dagegen war der zweite Akt mit dem Baum in der Mitte, der wie ein mächtiger Rumpfen sich ausnahm, und mit dem phantastischen Eingang links, der wie ein Mammuthknochen sich bog und die breit-romantische Stimmung bewirkte. Arno Nabel

Carl Einstein las in einer Veranstaltung des Berlauer Romohst aus einem lochen erschienenen Buche vor. „Die schlimmste Botschaft“ ist eine heilige Interpretation des Lebens Jesu; die dazur, daß der geistige Mensch immer sterben muß, damit er Gott werde. Das christliche revolutionäre Gefühl Einsteins kann freilich ebensowenig über das allzu literarische seiner Dichtung hinausgehen wie die geistlichen Propheten, die sie enthält. Es fehlt ihr die Körperwärme, das ohne Restheit Sinnliche, sie ist lehrhaft, aber eben darum bleibt der Hoch gegen Stöbismus und Gegenrevolution ohne die Kraft, die keine Zweifel kennt. H. E. K.

„Das Ewig-Männliche“. (Neues Theater am Zoo.) Dieser Akt dieses Stückes von Romain Rolland: Ein zweifelhafte Bett. Zweiter und dritter Akt: Eine Chaiselongue unter einem Baldachin. In, auf und neben diesem Mobiliar tummeln sich die Schauspieler. Was sie reden, ist gleichgültig. Hauptsache ist, daß Hansi Arnstädt im ersten Akt in Unter-



Verbot von Notgeldaussgaben

Der Mangel an Kleingeld hat viele Gemeinden während des Krieges sowohl wie auch später auf den recht einträglichen Gedanken gebracht, Notgeld herauszugeben. Meist haben diese Gemeinden kein schlechtes Geschäft dabei gemacht.

Wieder Kaufsfortzwang für Hunde

Die Hauptsteuerverwaltung teilt mit: Der Polizeipräsident von Berlin hat kürzlich auf dem Gebiet des Hundewesens 26 Verordnungen vom 9. September 1921 und 13. September 1921 erlassen, durch die nunmehr für das ganze Stadtgebiet Berlin ein einheitliches Recht bezüglich des Hundewesens geschaffen worden ist.

Wer bezahlt die Kurkosten für Bakstümer?

Vom Patientenausschuss des Tuberkulose-Krankenhauses Waldhaus Charlottenburg wird uns geschrieben: Die Erinnerung an die Vorkriegszeit scheint in manchen Arzt-Köpfen immer noch nachzuklingen, oder es wird versucht, wie es hier in der Kaiser-Wilhelm-Stiftung, Waldhaus Charlottenburg, derzeitiges Eigentum der Stadt Berlin, der Fall ist, dem erkrankten Patienten alle Ehre zu machen.

Auch Kunstfahne ist verboten

Durch § 2 Ziffer 3 der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 20. April 1921 ist das In-den-Verkehr-bringen von Sahne, außer zur Herstellung von Butter und Käse in gewerb-

lichen Betrieben und außer zur Abgabe an Kranke und Krankenanstalten auf Grund amtlicher Befehigung verboten worden, um zu verhüten, daß durch den Sahneverbrauch der lauffähigen Bevölkerungsgruppen, insbesondere in Konditoreien und Kaffeehäusern, der Bevölkerung die nötige Frischmilch entzogen wird.

Die Montagausgabe der 'Freiheit' konnte infolge technischer Schwierigkeiten nicht zur gewohnten Zeit fertiggestellt werden. Ein Teil unserer Abonnenten wurde dadurch nicht mehr zur rechten Zeit beliefert.

Die Schupo im Gastwirtsstreit

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Gastwirtsangehörten wird uns geschrieben: Vor dem Hotel Exzeffior halten sich des Abends mehrere in Zivil gekleidete Männer auf, die sich dann in die Gespräche der Streikposten einmischen und allerhand unsächtige und beleidigende Ausprüche tun.

Wir stellen die Behauptung auf, daß der Hm. die betreffende Beamten zu diesem Dienst nicht kommandiert waren, sondern auf irgendeine Art und Weise von dem Unternehmer gezwungen worden sind, seinen Arbeitswilligen für gute Bezahlung Schutz und Begleitung anzugeben.

Die Streikfrage

Die Streikenden nahmen gestern nachmittag in acht großen Versammlungen den Bericht über die Lage entgegen, der eine lebhaft, den Referenten zusehmende Beiphrung fand. Die Diszussionen wurden beiderseits sich teilweise bitter über das Verhalten der Streikposten.

Beleidigte Unternehmer

Eine Gruppenversammlung der in der Feinmechanik und Optik beschäftigten Kollegen und Kolleginnen beschäftigte sich am 17. Oktober in den Kommandanten-Sälen mit dem Abbruch der Verhandlungen durch die Unternehmer.

Parteiveranstaltungen

Dienstag, 18. Oktober. Verwaltungsbereich Charlottenburg, Abends 7 Uhr Abrechnung der Kötterlinge fallender bei Paul Hill, Nordhausener Str. 10.

Bereinskalendar

Bei. Arbeiterjugend Berlin. Die Funktionärskonferenz findet nicht Mittwoch, sondern Sonnabend, den 22. Oktober, Abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule statt.

Kehe zurück alles vergeben. In guter Friedensgarberade. Sie werden sich nur nicht, wenn Sie unterlassen, vor Neuanschaffung der Wallach & Schuberl, C 2, Breite Str. 5.

Billig Rücke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider. STREHLOW, Treskowstr. 21 am Wörtherplatz.

Der Mieterschutz. Beste gemeinschaftl. Darf. Stellung des Mieterschutzes u. der Hausbesitzerinteressen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Bankow. Auf unsere Bekanntmachung v. 9. September 1921, betr. Neuwahl von Vertretern u. Ersatzmitgliedern der Arbeitgeber- und Beschäftigten zum Ausschuss für den anberaumten Termin.

All-Metalle Kupfer, Messing, Blei, Zink usw. kaufen Sie zu den besten Preisen bei uns.

Nachnahme in allen Expeditionen des Verlages - Geschäftsstelle Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Verkäufe. Braunkohle 500.-, feinstschöne Gumpener, aus dem Bitterfelder Revier. 600.-, Lipitz, Turmstr. 28.

Kleine Anzeigen. Das Überschriftwort 2.- M., jedes weitere Wort im 1. Teil 1.50 M. netto. Steilung e u d r: Überschriftwort 1.50, jed. weitere Wort 1. Teil 1.- M.

Einrichtungen. Einrichtungs-Einzelteile, Schlafzimmer, Speisezimmer, Heranzimmer, Küchen, Waschküche, Eingangshalle, Balkon, Veranda, etc.

Unterricht. Kino-Vorführer-Ausbildung beginnt. Rechen-, Friedrichstraße 21.

Anfiedlungen. Fredersdorf. Eingetragene Vorzeilen 1800.- Krönung. Zielungsverein, Stralitz, Teichstraße 15.

Werkzeuge und Maschinen. Spindelbohrer und ähnliche Werkzeuge, Schraubenzieher, etc.

Fahrräder. Fahrradler kauf Kraus, Gr. Frankfurterstraße 62.

Kaufgesuche. Schellack, Lein, Malvenöl, etc.

Geschäfts-Verkäufe. Tischer, Kumbhler, etc.